

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 51. 32. Jahrg.

19. Dezbr. 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Paul Lange, Berlin N 24, Eisenstr. 66-68, III. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, S-Heuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparillezelle oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Wirtschaftsdemokratie. Rundschau. Der Wiederaufbau Frankreichs. — **Allgemeines:** Rückschau über unseren Verbandstag III. — **Totenliste. Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Infolge einer weiteren Erhöhung des Bestellgeldes und der entstehenden Unkosten beim Bezug der »Graph. Presse« durch Postabonnement, sehen wir uns veranlaßt, mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab, den Bezugspreis pro Vierteljahr auf 2.— Mark für inländische und 3 Mk. für ausländische Bezieher festzusetzen.
Der Hauptvorstand.

Wirtschaftsdemokratie.

Daß mit der kapitalistischen Wirtschaftsautokratie, der Alleinherrschaft des Unternehmertums im wirtschaftlichen Leben, gründlich und dauernd gebrochen werden muß, ist eine alte Forderung der denkenden, klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands. Das Proletariat, das die Befreiung aus der Knechtschaft des Unternehmertums erstrebt, hatte schon früher erkannt, daß dies Ziel nicht anders zu erreichen war als durch eine Sozialisierung und Demokratisierung unserer gesamten Wirtschaft. Unser Wirtschaftsleben sollte durchsäuert und erfüllt werden von dem Geiste der Gerechtigkeit, des Solidarismus, der Menschenliebe und der sozialen Gleichwertung, zugleich aber sollte auch die Gleichberechtigung aller im wirtschaftlichen Leben tätigen Personen verwirklicht werden. Diese letzte Forderung bezeichnet man mit dem Ausdruck Wirtschaftsdemokratie. Sie ist entstanden aus der Beobachtung, daß eine rechtliche Gleichstellung aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen im politischen Leben keinen vollen Wert hat, solange der Kapitalismus im wirtschaftlichen Leben der Alleinherrscher ist. Daher erstrebte die Arbeiterklasse die Überleitung der politischen Demokratie zur wirtschaftlichen Demokratie — von der rechtlichen Gleichheit zur wirtschaftlichen Freiheit! —, während das Unternehmertum die Überleitung seiner wirtschaftlichen Autokratie zur politischen Autokratie — von der wirtschaftlichen Ungleichheit zur rechtlichen Unfreiheit! — erstrebte. Dieser Kampf zwischen den beiden entgegengesetzten Willensrichtungen, der sich seit Jahrzehnten vor unsern Augen abspielt, ist auch heute, trotz der Revolution, noch nicht entschieden.

Der Gedanke einer Wirtschaftsdemokratie hat sein eigentliches Ziel in der Zukunft. Es ist dies die Schaffung einer Wirtschaftsweise ohne die Möglichkeit der Ausbeutung des einen Menschen durch den andern, einer Wirtschaftsweise, die jedem Menschen, der seine Pflicht und Schuldigkeit tut, die gleichen Rechtsansprüche gewährt auf alles das, was Natur und Arbeit schafft. Aber auch in der heutigen kapitalistischen oder halbkapitalistischen Wirtschaft hat dieser Gedanke seine Berechtigung. Die Arbeiterklasse verlangt einerseits als Gesamtheit einen möglichst weitgehenden mitbestimmenden Einfluß auf die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse: sie will nicht mehr Wirtschaftsobjekt bleiben, sondern Wirtschaftssubjekt werden; andererseits fordern aber auch die in einem Arbeitsbetriebe beschäftigten Personen

das Mitbestimmungsrecht innerhalb dieses Betriebes; sie wollen darüber mitzubestimmen haben, wie ihre Arbeitskraft verwendet werden soll. Nach beiden Richtungen hin ist der Wille zur Demokratie in der deutschen Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten deutlich zutage getreten. Nunmehr, unter dem Einfluß der durch die Novemberrevolution veränderten Rechts- und Machtverhältnisse, nähert er sich seiner Verwirklichung.

Der Drang nach einer Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens zeigte sich bereits gleich nach der Revolution des Jahres 1848 in einem Antrage an die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt, der verlangte, daß die in einem Arbeitsbetriebe beschäftigten Personen zur Mitverwaltung des Betriebes herangezogen werden sollten. Die hereinbrechende Reaktion verschlang diesen Antrag, aber der Gedanke einer Wirtschaftsdemokratie blieb lebendig in dem organisierten Proletariat. Es wurde auf sozialdemokratischen Parteitag und auf Gewerkschaftskongressen die Forderung erhoben nach Arbeitskammern und Arbeiterräten, die in unserm Wirtschaftsleben die Interessen der Arbeit gegenüber denen des Kapitals vertreten sollten. Leider scheiterte dies Streben an dem zähen, erbitterten Widerstande des Unternehmertums und an der schwankenden Haltung der Reichsregierung. Etwas mehr Erfolg hatte die Forderung einer Betriebsdemokratie, das Streben nach einem Mitbestimmungsrecht in den Arbeitsbetrieben. Der deutsche Reichstag nahm im Jahre 1891 in die Gewerbeordnung eine Bestimmung auf, nach der in allen Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten ein Arbeiterausschuß gewählt werden muß, dem bestimmte Rechte gegenüber der Betriebsleitung eingeräumt wurden. Wenn diese Arbeiterausschüsse bis zur Novemberrevolution nur ein Schattendasein geführt und nur einen geringen Einfluß gewonnen haben, so lag das an der mangelnden Reife und Einigkeit der Arbeiterschaft und an der Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation. Immerhin war das Recht auf Mitbestimmung im Arbeitsprozeß grundsätzlich festgelegt worden, doch fehlte es an der Macht, dies Recht gebührend ausnutzen zu können.

Der in dem Rätssystem zutage tretende Gedanke einer Wirtschafts- und Betriebsdemokratie ist also seit Jahrzehnten ganz naturgemäß aus den Klassengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit hervorgewachsen, er war tief in dem proletarischen Klassenbewußtsein verankert. Es wäre ja auch höchst merkwürdig, wenn die sozialistische und gewerkschaftlich geschulten Arbeitermassen Deutschlands niemals auf den Gedanken gekommen wären, die Wirtschafts- und Betriebsautokratie des Kapitalismus zu brechen. Allerdings hat die Novemberrevolution erst die Möglichkeit seiner Verwirklichung geschaffen, da sie dem Proletariat eine viel größere Bewegungsfreiheit gebracht hat, als es sie jemals besaß. Es kommt nunmehr im wesentlichen darauf an, von dieser Freiheit den richtigen Gebrauch zu machen und dem Rätegedanken die rechte Form zu geben.

Die wichtigste Vorbedingung hierzu ist eine gründliche Ausbildung und Schulung der Arbeiterschaft. Die Demokratie im Wirtschafts-

leben teilt der Arbeiterschaft größere Rechte und Aufgaben zu, es gehört also auch eine höhere geistige und sittliche Reife dazu, um dem neuen Zustande der Dinge gerecht werden zu können. Soll die deutsche Arbeiterschaft einen bestimmenden Einfluß ausüben auf unser Wirtschaftsleben, so muß sie einen tiefen Einblick haben in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und in die geschäftlichen Verhältnisse; denn ohne das Verständnis für das Wesen und die Besonderheiten unseres Wirtschaftslebens kann sie die ihr gestellten Aufgaben nicht erfüllen. Neben den neuen Aufgaben überträgt die Wirtschafts- und Betriebsdemokratie der Arbeiterschaft auch eine größere Verantwortung als bisher; denn wer mitbestimmen will, muß auch die Verantwortung übernehmen für sein Tun und Lassen. Auch aus diesem Grunde ist es notwendig, daß wir uns unserer neuen Pflichten bewußt werden und daß wir uns bemühen, diesen Pflichten gerecht zu werden. Der gute Wille allein genügt nicht, es muß auch Kenntnis, Sachkunde, Erfahrung, Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl hinzukommen, das heißt, es müssen geistige und sittliche Faktoren in der Arbeiterschaft lebendig sein.

Zweifellos ist es also nötig, daß in unsern Reihen tüchtige Kollegen und Kolleginnen vorhanden sind, die die Stelle eines Betriebsrats ausfüllen können, und es ist auch nötig, daß wir diesen tüchtigen, vertrauenswürdigen Kollegen und Kolleginnen bei der Wahl unsere Stimme geben. Nicht die größten Schreier sind es, die wir wählen sollen, sondern die tüchtigsten Leute im Betriebe. Nur sie bieten uns die sichere Gewähr, daß sie ihre Stelle im Interesse ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausfüllen; nur sie werden imstande sein, unser Wirtschaftsleben der Gesundung entgegenzuführen. Hier gilt das Bibelwort, daß sich viele berufen können, daß aber nur wenige auserwählt sind; hier gilt es, die richtige Auswahl zu treffen. Selbstverständlich hat die Gewerkschaft die Aufgabe, ihre Mitglieder zu bilden und zu erziehen, damit sie den neuen Aufgaben gewachsen sind. Seit Jahrzehnten ist die Gewerkschaft die Erziehungsschule, die Lehrmeisterin und Erzieherin des deutschen Proletariats, und das wird sie auch bleiben, wenn ihre Mitglieder guten Willens sind. Schon heute hat es sich gezeigt, daß die Arbeiter- und Betriebsräte dort ihre Pflicht getan haben und noch tun, wo sie in ihrer Mehrheit aus geschulten Gewerkschaftern bestanden. Wo dies nicht der Fall war, haben sie jämmerlich und elendiglich versagt.

Rundschau.

Kollege Christian Kindler, Leipzig, einer der Mitbegründer unseres Verbandes, feierte unlängst seinen 70. Geburtstag. Sein Wirken für die Kollegenschaft reicht zurück bis in die Anfänge unserer beruflichen Organisationsarbeit. Schon in den ersten Jahren des Bestehens des alten Senefelder-Bundes finden wir Kindler eifrig tätig an der Ausbreitung und Kräftigung der jungen Organisation. Das Bundesorgan »Senefelder Bund« zählte ihn zu seinen ersten Mitarbeitern. Auf dem Dresdener Bundestag im Juni 1878 fungierte er als Schriftführer und wird auf vielseitigen Wunsch der Delegierten mit dem Amt eines interimistischen Sekretärs im Bundesaussschuß betraut. Als infolge des Sozialisten-

gesetzes der Bund seines gewerkschaftlichen Charakters entkleidet wurde, wirkte Kindler still und unverdrossen an der Hebung des noch unentwickelten Gemeinschaftsgefühls unserer damaligen Kollegen weiter. Als eifrigster Förderer eines engeren Zusammenschlusses finden wir ihn in der Fachvereinsbewegung und bei der Gründung des Verbandes tätig. An zahlreichen Tagungen der Berufskollegen nahm Kollege Kindler als Delegierter teil, so an dem ersten Lithographenkongress in Leipzig 1899 und an der Berliner Generalversammlung von 1905, welche die Verschmelzung des Bundes mit dem Verbands beschloß. Seit dieser Zeit war er ununterbrochen als Kassierer der Mitgliedschaft Leipzig tätig. Die Beschwerden des Alters zwangen ihn jetzt, dieses Amt in die Hände der Leipziger Kollegen zurück zu legen. Der Magdeburger Verbandstag beschloß in Anerkennung der großen Verdienste Kindlers um unsere Sache, unserem alten Kollegen eine kleine jährliche Unterstützung zu zahlen. Möge Kollege Kindler noch lange Jahre sich des besten Wohlbefindens erfreuen, geehrt von der gesamten Kollegenschaft, und möge sein oft erprobter Rat auch fernerhin wie bisher uns zur Verfügung stehen.

Lohn und Kaufkraft des Geldes. Es helfen viele Dinge, die Annäherung von Einkommen und Kaufkraft des Geldes zu verhindern. Noch sind die Bewegungen zur Erhöhung des Einkommens dieser oder jener Arbeiter- oder Angestelltenschicht nicht zur Ruhe gekommen und schon macht sich eine neue Bewegung bemerkbar, die inzwischen abermals gesunkene Kaufkraft des Geldes auszugleichen. Dabei ist manchmal schwer zu sagen, wer angefangen hat: ob das erhöhte Einkommen die Warenpreise in die Höhe treibt oder ob die hohen Warenpreise die Löhne nach oben jagen. Was das eine Mal als Ursache wirkt, ist manchmal selbst Wirkung. Umsichtig treibt eins das andere; die Beunruhigung des Wirtschaftslebens wird zum Dauerzustand.

Noch sind sich die maßgebenden Stellen nicht darüber klar, was zu geschehen hat, den Gleichgewichtszustand zwischen Einkommen und Warenpreis herbeizuführen. Schlechte Valuta, Papiergeldmassen, offene Grenzen, fühlbare Differenz zwischen Inland- und Weltmarktpreis — sind Erscheinungen, denen man mit kleinen Mitteln nicht wird beikommen können. Und doch entbindet die Schwere dieser Aufgabe den einzelnen nicht von der Verpflichtung, an seinem Teil mitzuarbeiten, den unheilvollen Zustand bessern zu helfen. Tatsächlich besitzt der einzelne eine Möglichkeit, das Verhältnis zwischen Einkommen und Warenpreis zu bessern. Die Kaufkraft des Geldes ist zu steigern durch Ausnutzung aller Vorteile beim Einkauf, durch Ausschaltung jener Kosten bei der Warenverteilung, die den Preis unnötig belasten. Der Zwischenhandel nimmt uns noch viel zu viel Geld ab; im Warenpreise, den der Verbraucher entrichtet, steckt viel zu viel Zwischenhandelsbeitrag. Die Technik der Warenversorgung ist längst weit genug entwickelt, um auf die Warenwanderung von Hand zu Hand verzichten zu können. Unsere konsumgenossenschaftliche Güterversorgung nähert Güterhersteller und Güterverbraucher einander, die Kosten der Gütervermittlung werden dadurch vermindert, es kommt eine gewisse Stetigkeit in die Preisgestaltung, die Kaufkraft des Einkommens wird gestärkt.

Mithin wäre die Vernunftforderung unserer gewerkschaftlich organisierten Mitmenschen, die Lohn-erhöhungen nicht durch fortgesetzte Preissteigerungen wieder wettzumachen, bis zu einem gewissen Grade so zu erfüllen: Der Verbrauch ist zu organisieren; den Zwischenhandel sind seine Bereicherungsmöglichkeiten zu beschneiden. Der Lohn- und Gehaltsempfänger soll sich in der Konsumgenossenschaft vor Preistreibern schützen, die Kaufkraft seines Einkommens steigern.

Der Wiederaufbau Frankreichs.

Von H. Silberschmidt. M. d. N.

S. A. K. »Meine Herren, es gibt in Frankreich ein ausgedehntes verwüstetes Gebiet, das sich von Dünkirchen bis Belfort in einer Länge von ungefähr 500 Kilometern und einer durchschnittlichen Breite von 80 Kilometern erstreckt. Von dieser Verwüstung sind zehn unserer Departements, darunter die reichsten, früher wohlhabendsten, schwer betroffen worden: Pas de Calais, Somme, Oise, Aisne, Marne, Ardennen, Maas, Meurthe-et-Moselle und Vogesen, ohne von anderen, von der Verwüstung weniger betroffenen Departements zu sprechen.

Die verwüstete Zone umfaßt eine Oberfläche von 40000 Quadratkilometern, 4 Millionen Hektar. Das sind die Ausführungen des Abgeordneten Louis Dubois in der französischen Deputiertenkammer, Berichterstatters über die Wiedergutmachung, anlässlich der Verhandlungen über die Ratifikation des Friedensvertrages.

Das ist der Umfang der Bodenfläche, und nun kann jeder sich schon eine Vorstellung machen, welcher Sachschaden angerichtet ist an zerschossenen und zersprengten Dörfern und Städten und zerstörten Verkehrswegen aller Art, an zerstörtem Fluß und Wäldern, sowie an Vernichtung der Industrie und der Kulturwerte. Diese Wüstenei wieder in eine Kulturlandschaft zu verwandeln,

wird eine viele Jahre umfassende, auf das intensivste betriebene Arbeit erfordern, zu der die Arbeitskräfte aller Kulturvölker gebraucht werden.

Der Friedensvertrag legt Deutschland die materielle Pflicht auf, diesen Schaden wieder gutzumachen. Es heißt:

»Deutschland kann anbieten, entweder mit eigenen Mitteln die Wiederherstellung und den Wiederaufbau emer der verwüsteten Gegenden, sei es teilweise oder im ganzen auszuführen, ... Deutschland kann Arbeitskräfte, Materialien und technische Leistungen zur Verwertung bei solcher Arbeit anbieten, auch wenn es die Arbeit selbst nicht ausführt.«

Wie man auch zu diesem Friedensvertrag stehen mag, Deutschland, das heißt das Volk im neuen Deutschland, wird sich bemühen müssen, auch in diesem Punkt den Vertrag nach besten Kräften und loyal zu erfüllen.

Viel wichtiger als diese materielle Pflichterfüllung wiegt die moralische, die Ehrenpflicht, den in beispiellosem Bedrängnis geratenen Bewohnern der zerstörten Gebiete zu helfen. Ihnen so bald wie möglich wieder Haus und Hof aufzurichten und ihnen die Heimat wieder wohlhid zu machen, den Boden wiederherzustellen, damit Lebensmittel gebaut, Industrie, Handel und Verkehr wieder neu aufleben können, das ist Menschenpflicht. Diese Werke der Liebe und Solidarität, unbekümmert darum, daß wir im Kriege uns feindlich gegenüber standen, werden die Wirkung nicht verfehlen und die segenbringende Kraft der Arbeit wird den Haß herabmindern und die Völker wieder einander näher bringen.

Das Ziel wird gewiß von allen anerkannt, die nicht auf dem Boden der früheren Annexionisten und der zukünftigen Revanchepolitiker stehen. Soll es zur praktischen Durchführung gelangen, so werden die Arbeiter die Träger dieser Ideen sein müssen. Die Arbeiter im weitesten Sinne, die Hand- und Kopfarbeiter, vom Erdarbeiter bis zum leitenden Architekten, soweit sie beim Wiederaufbau mitwirken. Sollen ihre Kräfte in diesem menschlichen Sinne wirken, das heißt, die mühsame Arbeit in jenen verwüsteten Gegenden trotzdem mit Liebe und Hingabe ausgeführt werden, so müssen die Bedingungen, unter denen die Arbeiter dort leben sollen, danach eingerichtet werden.

Das wichtigste ist, daß die Arbeiter völlig frei sind und keinerlei Zwang wie bei unfreien Fronarbeitern unterworfen werden. Daher ist es mit Genugtuung zu begrüßen, daß die Gewerkschaften bereits im Frühjahr dieses Jahres der Regierung die Forderung angemeldet haben: die Regierung habe beim Wiederaufbau als Generalunternehmerin aufzutreten und von der französischen Regierung Arbeiten zu übernehmen. Das hätte zur Folge, daß der deutsche Arbeiter, wenn er am Wiederaufbau mitwirkt, direkt oder indirekt bei seiner Regierung in Arbeit tritt und von ihr die Einhaltung und Durchführung der vereinbarten moralischen, sozialen und materiellen Bedingungen garantiert erhält. Für die Durchführung seiner Ansprüche stehen ihm dann Hilfsmittel zur Verfügung. Auf diese Regierung besitzen die Arbeiter und Angestellten durch ihre Organisation und durch die Vertreter im Parlament den erforderlichen Einfluß.

Das Kernstück und die Grundlage für das seelische und materielle Wohlbefinden der Wiederaufbauarbeiter ist, daß Deutschland die Arbeiten zur eigenen Ausführung übernimmt.

Für diese Form hat sich die Reichsregierung entschieden, und die französische Regierung ist dem Grunde nach wohl auch damit einverstanden. Die andere Methode, »Deutschland kann Arbeitskräfte ... anbieten, muß dagegen mit allem Nachdruck verneint werden.

Die französischen Unternehmer haben bereits begreiflicherweise angestregte Versuche unternommen, auch die Arbeit zu übernehmen, die Deutschland erhalten soll, um sie dann mit von Deutschland gelieferten Arbeitskräften auszuführen. Unter dieser Methode würde der deutsche Arbeiter unfrei sein. Er stände unter einem fremden Unternehmer, unter fremder Bauleitung und Vorarbeiter, in einem fremden Lande, dessen Sprache er nicht beherrscht, dessen Sitten und Gewohnheiten er nicht kennt. Mit der Regelung der Lohn- und Tarifforderungen wäre er sich nicht vertraut, ebensowenig mit den Rechtsfragen des Landes. Selbst wenn sich die französische Bruderorganisation seiner annehmen wollte, bliebe übrig, das der Arbeiter auf den fremden Unternehmer nicht den Einfluß gewänne wie auf seine eigene Regierung. Nimmt man hinzu, daß in gewissen Kreisen drüben (wie bei uns) noch lange eine Abneigung gegen die Bevölkerung des Landes bestehen wird, die im Kriege zu den Feinden gehörte, so ist es sicher nicht übertrieben, wenn befürchtet werden muß, daß mit der von der französischen Unternehmenseite gedachten Methode der Wiedergutmachung ein hoher Grad von Fronarbeit verbunden sein wird.

Umso bedauerlicher ist es, daß das sogenannte »Volksarbeitsamt Berlin, Margarethenstr. 7« (eine »unabhängig-kommunistische« Gründung, die kürzlich vom Genossen Ellinger in einem Artikel in unserer Parteipresse gekennzeichnet wurde. D. R.) dem Ministerium für den Wiederaufbau der befreiten Gebiete z. Hd. des Minister Loucheur in Paris Arbeitskräfte angeboten hat, und zwar in folgender Form:

»Durch seine Organisation ist das Volksarbeitsamt in der Lage, innerhalb vier Wochen 3—400000 Arbeiter zur Verfügung zu stellen, die unter Leitung technischer Sachverständiger, die zwischen Auftraggeber und Arbeiter als Treuhänder funktionieren, arbeiten wollen.«

Diese Sonderaktion muß die Interessen der deutschen Arbeiter schädigen und die Interessen der Unternehmer Frankreichs stärken. Diese Wirkung mag nicht beabsichtigt sein, aber sie ist die Folge.

Wie wir hören, sind die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen über die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau soweit gediehen, daß die Ergebnisse demnächst in einem schriftlichen Resumé zusammengefaßt werden können. Dann werden auch die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den Vertretern der deutschen Gewerkschaften beginnen können.

Dieser Tarif für die besonderen Verhältnisse des Wiederaufbaues wird besonderes Interesse beanspruchen dürfen; aber unsere Gewerkschaften werden auch dieser Aufgabe gerecht werden.



Teil für die gemeinsamen Interessen aller Parteien des Berufes.

Rückschau über unseren Verbandstag.

III.

Unsere Aufgaben in neuer Zeit.

Das größte Interesse erweckte auf dem Verbandstage die Erörterung über die neuen Aufgaben, die den Gewerkschaften gestellt sind. Die großen Probleme, die die Arbeiterschaft seit der Revolution beschäftigen, mußten selbstverständlich auch bei uns gegensätzliche Meinungen auslösen. Das Referat des Kollegen Haß ging davon aus, daß durch die Revolution eine Wardlung im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben eingetreten ist. Dadurch sind den Gewerkschaften erweiterte Aufgaben zugewiesen worden. Je intensiver die Gewerkschaften versuchen, nicht nur die augenblickliche Lebenslage unserer Mitglieder zu verbessern, sondern dem Sozialismus vorzuarbeiten, je größer wird die Zahl der deutschen Arbeiter werden, die in den Gewerkschaften ihre wichtigste Organisation sehen.

Er erläuterte dann die Richtlinien, die sich die Gewerkschaften auf dem Gewerkschaftskongress zu Nürnberg für ihre künftige Wirksamkeit gegeben haben. Die Absätze 3 und 4 der Richtlinien lauten:

»Die Revolution hat die politische Macht der Arbeiterklasse gestärkt und damit zugleich ihren Einfluß auf die Gestaltung der Volkswirtschaft vergrößert. Der Wiederaufbau des durch den Krieg zerrütteten Wirtschaftslebens wird sich in der Richtung der Gemeinwirtschaft, unter fortschreitendem Abbau der Privatwirtschaft vollziehen. Die Umwandlung muß planmäßig betrieben werden und wird von den Gewerkschaften gefördert.

Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die von ihnen erstrebte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Einzelarbeitsverträge in Kollektivverträge sind wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist unentbehrlich.«

Die hier ausgesprochene Begrüßung der Revolution und das Bekenntnis zum Sozialismus erneuert die Auffassung, die bisher schon unsere Tätigkeit geleitet hat. Die Revolution hat die Hemmnisse beseitigt, gegen die sich noch der Gewerkschaftskongress 1914 in München energisch wenden mußte. Es ist auch die Meinung der Arbeiterschaft, das eine neue Zeit für die Gewerkschaften angebrochen ist und eine freiere Entwicklung stattfinden kann. Würde diese Auffassung nicht vorhanden sein, würden nicht Millionen von Arbeitern den Gewerkschaften neu zugeströmt sein.

Aufgabe der Gewerkschaften wird auch in Zukunft sein, die volle wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Arbeiter mit allen anderen Gesellschaftsklassen zu erringen. Bis zur Erreichung dieses Zieles, das erst in der sozialistischen Gesellschaft seine Erfüllung finden wird, müssen wir den Klassenkampf predigen und üben, wie wir es bisher getan haben. Der 9. November bedeutet erst einen Anfang auf diesem Wege und die durch das Proletariat eroberte politische Macht ist nicht das Ziel, so dem nur das Mittel, um die wirtschaftlichen Bedrückungen abzuschütteln.

Der Redner setzte sich nun in längeren Ausführungen mit den Meinungen auseinander, die die Auffassung vertreten, daß die Gewerkschaften gleichzeitig auch als politisches Tätigkeitsfeld angesehen werden sollen. Er behandelte weiter die Absicht dieser ganz linksstehenden Gruppe, die die Arbeiter auffordert, aus den Gewerkschaften auszutreten und dadurch die Organisationen zu zerstören. Er bezeichnet diese Auffassung als töricht und oberflächlich, weil auf diese Weise kein Einfluß auf die Gestaltung des gesamten wirtschaftlichen Lebens gewonnen werden kann. Unser

Kampf um mehr Macht und mehr Recht der Arbeiter, um Mitwirkung und Mitbestimmung soll uns die Betriebsdemokratie bringen, ohne diese werden wir die sozialistische Wirtschaftsweise nicht einführen können. Zu dieser Politik gehört die Tarifpolitik, die die notwendige Zentralisierung der Arbeitsverhältnisse bringen kann. Die Gedanken und Ziele der Revolution sind auch die unsrigen und wir sind bereit, unsere Tätigkeit und unsere ganze Kraft für die Erreichung einzusetzen.

Zur Verstärkung unseres Einflusses gegenüber den Unternehmern bedürfen wir des engeren Zusammenschlusses. Das Bestreben unseres Verbandes geht seit langer Zeit in der Richtung auf Gründung eines Industrieverbandes, in dem alle graphischen Berufe vereint sind. Der Redner erläuterte die Stellungnahme unserer bisherigen Verbandstage und die fortwährenden Kämpfe, die gegenseitig ausgefochten worden sind. Die graphischen Verbandsvorstände sind in diesem Jahre drei Mal zusammen gewesen und haben auch über den Zusammenschluß beraten. Als Ergebnis der Sitzungen vom 16. Oktober und 13. November unterbreitet er dem Verbandstag die Satzungen des Graphischen Bundes und der örtlichen Kartelle. Er bezeichnet die Vorlage als den ersten Schritt, der nur einen losen föderativen Zusammenschluß bringt. Unsere Forderungen von 1913, eine gemeinsame Gewerkschaftszentrale mit gemeinsamer Gewerkschaftskasse zu gründen, sind nicht erfüllt worden. Es ist nicht einmal möglich gewesen, die Auffassungen, wie sie schon 1892 bestanden, zu verwickeln. Der Graphische Bund stellt lediglich eine Prinzipienklärung dar. Von dem Wirken der Verbände wird es abhängen, ob die Paragraphen, die den zukünftigen Zusammenschluß aussprechen, mit jenem Geist erfüllt werden, der uns einander näher bringen soll. Der Redner erläuterte eingehend diese Satzungen, die verschiedenen Anschauungen und Auffassungen und die unterschiedlichen gewerkschaftlichen Einrichtungen der einzelnen Verbände. Er bezeichnet es als unsere Aufgabe, praktische Vorschläge zu machen, und diese im graphischen Bund zu vertreten.

Der Redner erläuterte dann eingehend die Räteidee oder besser gesagt die Räteysteme, die sich mit dem Schlagwort eingeführt haben »Alle Macht den Arbeiterräten«. Die Räteidee ist heute kein theoretisches Problem mehr, das mit einer Handbewegung beseitigt werden kann. Diese Idee ist vielmehr tief in die Herzen der Arbeiter eingedrungen und deshalb müssen wir dazu Stellung nehmen. Im ersten Stadium der Revolution galten die Gewerkschaften als erledigt. Heute sind selbst die radikalsten Rätepolitiker der Meinung, daß wir die Gewerkschaften gebrauchen. Auch das Schlagwort von der Diktatur des Proletariats lebt heute nur noch in den Massen. Die Theoretiker befinden sich auf dem Wege der Umkehr von der Diktatur zur Demokratie. Der Redner bringt hierfür eine Reihe Zitate zur Verlesung, die das beweisen.

Der Zwiespalt und Wirrwarr in der Arbeiterschaft ist in der Hauptsache dadurch hervorgerufen, daß man die politischen Arbeiterräte mit den Betriebsräten zusammenwirft. Wenn man Klarheit verbreiten will, muß man aber auch bei den wirtschaftlichen Funktionen der Betriebsräte unterscheiden: einen Aufgabenkreis, der die Durchführung der Betriebsdemokratie bringen soll und solche zur Sozialisierung der Wirtschaft. Der Redner wendet sich gegen die Redensart, daß es nur der Einführung des Räteystems bedarf, und daß sich dann alles andere von selbst erfüllen wird. Arbeiter, die so argumentieren, vertreten entweder rein parteipolitische Interessen, oder hoffen, auf diese Weise zu einem bequemen Amt zu kommen.

Die Gewerkschaften haben alle Veranlassung, mit allen Kräften für weitgehende Rechte der Betriebsräte einzutreten. Sie sollen sich aber auch hüten, die Ansicht zu verbreiten, daß so große Probleme, wie die Sozialisierung, mit den Betriebsräten zu lösen wäre. Aufgabe der Betriebsräte ist: die Durchführung der Betriebsdemokratie, der Tarifverträge und alles, was noch nebenher zum Arbeitsverhältnis gehört. Redner erläutert eingehend die Richtlinien, die der Gewerkschaftskongress hier aufgestellt hat und bezeichnet das vorliegende Gesetz über die Rechte der Betriebsräte als völlig unzureichend und die Kommissionsarbeit der Nationalversammlung für unbrauchbar.

Sollen die Betriebsräte erfolgreich arbeiten, so dürfen sie nicht in besondere Organisationen zusammengefaßt werden, um auf diesem Wege einen Ersatz für die Gewerkschaften zu schaffen, sondern sie müssen mit den Gewerkschaften zusammen ihre Aufgaben zu lösen suchen. Die andere Auffassung bedeutet die Rückkehr zur primitivsten Art der Interessenvertretung der Arbeiter früherer Zeiten und ist nichts weiter als eine gedankenlose Übertragung der Verhältnisse aus Rußland. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Bestrebungen des graphischen Blocks und die Erfahrungen, die in den letzten Monaten in den verschiedensten Organisationen gemacht worden sind. Wenn wir nicht noch einmal das Lehrgeld zahlen wollen, das alle Gewerkschaften auf ihrem Entwicklungsgang gezahlt haben, dann müssen wir die Ansicht ablehnen, daß ohne Gewerkschaftsbeiträge, ohne Pflichten und Organisationsarbeit wirtschaftliche Kämpfe geführt werden können. Wir sind deshalb gegen die Bestrebungen des

Graphischen Blocks aufgetreten. Wir bezeichnen es als eine Wahndee, erst alle Werte zu vernichten, und dann von neuem aufzubauen. Nur in zäher Organisationsarbeit und in freiwilliger Disziplin lassen sich die großen Aufgaben der Zukunft lösen. Gegenüber den Zersplitterungstendenzen wollen wir, das Kenntnisse, Erfahrungen und Verantwortungsgefühl ausschlaggebend sein müssen. Daß diese Meinung sich immer mehr durchdringt, dafür zitiert der Redner zwei Artikel aus der »Freiheit« und der »Leipziger Volkszeitung«.

Auch wir wünschen eine Weltrevolution und die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische. Sie kann aber nur das Ziel einer längeren Entwicklungsperiode sein. Wir wollen den neuen Geist in die Gewerkschaften einziehen lassen und mit vereinten Kräften, den Blick auf Ziel gerichtet, gemeinsam arbeiten unter der Parole »vorwärts und nicht rückwärts.«

Der Korreferent, Kollege Albrecht, Berlin, erklärte sich in den Grundzügen mit dem Referat von Haß einverstanden. Alle Ausführungen, die er machte, differenzierte nur sehr wenig mit den Anschauungen, die der Referent vorgetragen hatte. Er beschränkte sich in der Hauptsache darauf, die Satzungen des Graphischen Bundes zu kritisieren, die er ein Angstprodukt der Graphischen Verbandsvorstände nannte. Nach seiner Meinung könne der Graphische Bund für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß er die Gründung eines graphischen Industrieverbandes auf die Tagesordnung gestellt habe. Insbesondere wirken die Agitationen des Graphischen Blocks in den Kreisen der Buchdruckergehilfen.

Erst im Laufe der Debatte machte die Opposition sich eine Resolution zu eigen, die von den Stuttgarter Kollegen dem Verbandstag übermittelt war, diese lautet:

»Der Verband ist eine Kampfesorganisation zur Durchführung des Sozialismus und diese Durchführung ist nur möglich auf dem Boden des Klassenkampfes. Der Zweck des Verbandes darf nicht mehr ausschließlich sein, die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern die Beseitigung der Ausbeutung der Arbeiterklasse.

War die Kriegspolitik, die den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften aufhob, schon ein Verhängnis für die Arbeiterklasse, so ist die Fortsetzung dieser Politik ein Verrat an der Arbeiterklasse.

Das einzige Gute, was die November-Revolution der Arbeiterklasse brachte, war die Möglichkeit, den Klassenkampf zur Durchführung des Sozialismus in verschärfter Form zur Anwendung zu bringen. Doch die bürokratischen, leitenden Instanzen der Gewerkschaften zeigten sich nicht elastisch genug, sich den Erfordernissen der Revolution anzupassen. Statt mit allen Mitteln für Weiterführung der Revolution einzutreten, suchten die Führer der Gewerkschaften weiteren Anschluß an die Kapitalistenklasse durch Gründung von Arbeitsgemeinschaften.

Weder Tarife, noch Teuerungszulagen, noch Arbeitsgemeinschaften können die Arbeiterklasse aus der gegenwärtigen Not erheben. Allein die restlose Durchführung des Sozialismus vermag dies zu tun. Darum muß die Taktik des Verbandes einzig und allein auf dieses große Ziel eingestellt werden.

Nur eine Gewerkschaft, die dies Ziel unverrückbar verfolgt, kann als ein würdiges Glied der revolutionären Arbeiterbewegung betrachtet werden.

Was hier niedergelegt war, sollte wohl mehr als die Erfüllung einer parteipolitischen Pflicht angesehen werden, als zum Ausdruck bringen, daß die Meinungen, die der Verbandsvorstand vertritt, nicht die richtigen seien. Das Schlußwort des Kollegen Albrecht war dann auch in der Form schärfer, als sein Korreferat, und versuchte er mehrfach Gegensätze zu konstruieren, die er unter dem frischen Eindruck des Referats nicht zu erkennen vermochte.

Kollege Haß faßte in seinem Schlußwort noch einmal die Auffassungen zusammen, die wir gemeinsam haben. Er verlangte, daß wir in sachlichen Auseinandersetzungen daran arbeiten sollten, die Meinungen zu klären, und persönliche und parteipolitische Ansichten zurückzustellen.

Die angenommene Resolution ist bereits veröffentlicht.

Unsere Internationale.

Die Pflege der internationalen Verbindung war in unserer Organisation von jeher eine der wichtigsten Aufgaben, weil bald erkannt wurde, daß die Produktion des einen Landes sich nicht auf Kosten der Arbeiter der anderen Länder ausbreiten dürfe. Außerdem hatten wir auch als stark exportierender Beruf ein Interesse daran, nicht mehr wie notwendig unter den Fesseln der Zollpolitik des eigenen und der fremden Länder zu leiden. Dann hatte aber auch die deutsche Organisation als Trägerin des Sekretariats eine gewisse Verantwortung den anderen Landesorganisationen gegenüber, und so war eine ausgiebige Behandlung unserer internationalen Stellungnahme auf dem Verbandstag selbstverständlich. Kollege Hänlein gab in seinem Referat einen Überblick über die Schwierigkeiten, die der entsetzliche Krieg dem internationalen Verkehr bereitet. Er legte die Bemühungen dar, die notwendig waren, um auf Umwegen die Verbindung aufrecht zu erhalten. Er verwies dabei auf den gedruckten Bericht an den Verbandstag, der eingehend die

bisherige organisatorische Verbindung mit der Internationale behandelte. Nicht nur in den kriegsführenden, sondern auch in den neutralen Ländern war die gewerkschaftliche Tätigkeit durch die Kriegsspydrome stark unterbunden. Frankreich verlangte schon im Jahre 1915 die Verlegung des Sekretariats, die aber abgelehnt wurde, mit dem Hinweis, daß nur der Kongress den Sitz des Sekretariats ändern könne. Belgien ging noch weiter und lehnte sogar eine Unterstützung während der schwierigsten Kriegszeit dieses Landes durch die Internationale ab. Von den Lithographen Amerikas wurde eine größere Summe für die Unterstützung derjenigen Kollegen in Aussicht gestellt, die durch die Kriegsteilnahme besonders hart betroffen wurden. Durch den Ausbruch des Krieges mit Amerika konnte in dieser Sache nichts weiter geschehen, weil die in Aussicht gestellten Mittel nicht an das internationale Sekretariat gelangten. Mit dem allgemeinen internationalen Gewerkschaftsbund standen wir in ständiger Verbindung und sind die Vorgänge, die sich mit der allgemeinen internationalen Gewerkschaftsorganisation befähigen, in der »Graph. Presse« hinlänglich behandelt worden. Bei der Stimmung, die bei den mit uns im Kriege gewesenen Ländern besteht, wird sich die Verlegung des Sekretariats nach einem anderen Lande nicht vermeiden lassen. Nach unserer Auffassung kann dieses natürlich nur in ein neutrales Land verlegt werden. Das Sekretariat, das sich seit 1907 in Deutschland befindet und unter Vorsitz des Kollegen Sillier ganz bedeutend für die Stärkung der Internationale gewirkt hat, muß natürlich auch auf die Stimmung in den obengenannten Ländern Rücksicht nehmen. Redner erstattete auch an dieser Stelle dem Kollegen Sillier für seine erfolgreiche Tätigkeit in der Internationale seinen Dank ab.

Ferner wies der Redner darauf hin, daß es notwendig sei, sich auch mit der Preisbildung der Erzeugnisse in den einzelnen Ländern zu beschäftigen, um nicht durch die Konkurrenz auf dem Weltmarkt die Valutaverhältnisse des einen Landes zu verschlechtern. An einigen Beispielen wies Hänlein nach, daß zurzeit schon die ausländischen Industrien bedeutend teurer produzieren, und daß insbesondere von Deutschland aus zu ganz minimalen Preisen an das Ausland verkauft würde. Wir müßten auf eine Erhöhung der Produktionskosten unter diesen Umständen hinwirken, damit auch unsere Währung sich wieder hebt. Die Arbeiterschaft unserer Berufe in den verschiedenen Ländern darf keinen Haß gegeneinander kennen. Wir müssen den Geist der Versöhnung und Verständigung fördern, um dadurch auf die allgemeine Arbeiterschaft einzuwirken.

Dem Antrag Düsseldorf, das internationale Auskunftswesen wieder aufzubauen, steht entgegen, daß die vorhandenen Auswanderungsschwierigkeiten, die auch für neutrale Staaten noch bestehen, diesem erschwerend gegenüberstehen. Der Aufbau des Auskunftswezens könne nur nach und nach erfolgen. In der interessanten Diskussion wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die den Gewerkschaften in den besetzten Gebieten gemacht werden. Der holländische Vertreter, Kollege Roelofs, bestätigte in seinen Ausführungen die von Hänlein gekennzeichnete Wirkung unseres Valutastandes. Er machte weitere Mitteilungen darüber, daß in Holland verdrängt werde, sämtliche graphischen Verbände zusammenzulegen, daß aber auch dort nur die Buchdrucker diejenigen seien, die noch nicht ganz folgen wollten. Deutschland müsse als Mutterland unserer Berufe auch die Zentrale bleiben.

Genosse Knoll vom Vorstand des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes machte genauere Mitteilungen über die Wirkungen des von der Entente aufgezwungenen Friedensvertrages. Er legte dar, daß uns nur intensive Arbeit aus dem Druck herausführen kann. Kollege Bauknecht zeigte an verschiedenen Beispielen, wie stark der Schieber- und Schleichhandel durch das Lot in Westen uns wirtschaftlichen Schaden verursacht. Im Schlußwort wies der Referent darauf hin, daß der Anstrengung, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der einzelnen Länder bekanntzugeben, noch nicht gefolgt werden könne. Die Gestaltung der Löhne sei jetzt so wenig stabil, daß von der Übermittlung bis zur Veröffentlichung derselben schon wieder Änderungen eingetreten sein können. Dann wurde die schon veröffentlichte Resolution zur Freilassung der Kriegsgefangenen angenommen. Zum internationalen Kongress, der für Ende Mai 1920 nach der Schweiz in Aussicht genommen ist, sollen zwei Delegierte unserer Organisation entsandt werden und zwar ein Vorstandsmitglied und ein Süddeutscher Vertreter.

Allgemeine Anträge.

Dazu lag eine ganze Anzahl, zum Teil wichtiger Fragen, zur Erledigung vor. Aber auch hier zeigte sich kollegialer Geist, der schon Engagements des Berichtes erwähnt wurde. Zunächst wurde beschlossen, die beiden bisher ortsangestellten Kassierer in Berlin und Leipzig auf die Verbandskasse zu übernehmen. Um die Photographenbewegung in Berlin zu stärken und vorwärts zu treiben, wurde der Anstellung eines Photographen für Berlin dem Kommissionsantrag entsprechend zugestimmt. Ebenso der Anstellung von Gaultier für die Gauhauptstadt Frankfurt a. M. und Nürnberg. Da die Kollegen Sillier und Kinder gemäß dem Beschluß der Angestelltenkommission ausscheiden und für die aus-

geschiedenen Kollegen Bauknecht und Domnick Ersatz gestellt werden muß, waren die Bewerbungen daraufhin von der Kommission geprüft werden. Dieselbe brachte aber auch die Anregung, den Kollegen Ernst Herbst, der sich zwar nicht um einen dieser Posten beworben hatte, als Kandidaten für den wichtigsten ausgeschriebenen Posten eines verantwortlichen Sekretärs im Hauptbüro in Vorschlag zu bringen. Es wurde dabei besonders zum Ausdruck gebracht, daß für das Hauptbüro die besten Kräfte notwendig seien und dementsprechend der Vorschlag angenommen. Zur Wahl der anderen Posten wurden vom Verbandstag die durch die Kommission ausgewählten Vorschläge mit einigen Abänderungen den betreffenden Gauen und Mitgliedschaften überwiesen. Damit waren alle zur Beamtenanstellung gestellten Anträge erledigt. Ebenso wurden die Anträge auf Abänderung der Anstellungsverträge durch die Annahme der Vorlage der Gehaltskommission erledigt. Diese setzte die Gehälter wie folgt fest: Für den ersten Vorsitzenden, den ersten und zweiten verantwortlichen Sekretär und den Hauptkassierer monatlich 800 Mk. Der erste Vorsitzende erhält außerdem jährlich 300 Mk. Repräsentationskosten. Weitere Angestellte im Hauptbüro, Gauleiter und Ortsangestellte erhalten monatlich 725 Mk., neuanzustellende Verbandsbeamte bekommen in den ersten zwei Jahren 625 Mk., nach zwei Jahren 675 Mk. und nach vier Jahren ebenfalls 725 Mk. monatlich. Die Gehälter der Hilfsarbeiter werden den Leistungen entsprechend durch den Verbandsvorstand festgesetzt. Treten im Gewerbe weitere Lohnerhöhungen oder Teuerungszulagen durch zentrale Abmachungen ein, so wird der Verbandsvorsand mit dem Verbandsausschuß ermächtigt, den jeweiligen Satz, der in den Hauptberufen erreicht ist, auch unseren Beamten vom gleichen Zeitpunkt ab zu gewähren.

Die Rückzahlung der bei Kriegsausbruch 1914 bis 1915 erfolgten Gehaltsabzüge wurde abgelehnt. Die nunmehr festgesetzten Gehälter sollen rückwirkend vom 1. Juli 1919 ab Geltung haben. Es wurde darauf verwiesen, daß bei den gestiegenen Lebensverhältnissen auch den Angestellten ein angemessener Lohn bezahlt werden müsse, zumal für die verantwortlichen Posten nur die tüchtigsten

Kollegen in Frage kommen könnten. Auch dürfe man im Vergleich zu den privaten Unternehmern die eigenen Angestellten nicht schlecht einlohnen. Vom gleichen Gesichtspunkt stimmte man der Pensionierung des Kollegen Sillier zu und wurden ihm pro Jahr 2500 Mk. Pension zugestanden. Dem Kollegen Kinder, der mit Sillier über 30 Jahre lang treu der Bewegung diene, wurde ein jährlicher Zuschuß von 1000 Mk. bewilligt.

Die Diäten für Agitations- oder sonstige Reisen wurden erhöht. Die Regelung der Entschädigungen an die Ortsverwaltungen (Vorsitzender und Kassierer) wurden wie bisher mit je 1 1/2, zusammen 3 Prozent belassen. Die Gaueinteilung erfolgte nach den Vorschlägen der Gauvertretersetzung und zwar derart, daß die Gauen Karlsruhe und Land zu den anschließenden Gauen Frankfurt a. M. und Stuttgart aufgeteilt wurden. Damit sind nur noch 10 Gauen zu verzeichnen. Einige kleine Regulierungen wurden auch bei den anderen Gauen vorgenommen. Die genaue Gaueinteilung wird in einer besonderen Aufstellung bekannt gemacht werden. Die Wahlkreiseinteilung für den Verbandstag hat im Statut insofern eine Berücksichtigung erfahren, als die Gaueinteilung mit in Betracht gezogen werden soll.

Die Anrechnung von Beiträgen während der Kriegszeit für die Kriegsteilnehmer wurde abgelehnt, weil der Verband eine solche Belastung nicht tragen kann. Abgelehnt wurde auch die von Chemnitz beantragte Ausschreibung einer Extrasteuer in Höhe von 10 Mk. pro Mitglied im Jahre 1920.

Ein Antrag Düsseldorf, die Lieferung der Zeitschriften für die Jugend so zu regeln, daß den einzelnen Zahlstellen, die Wahl der Jugendstriften selbst überlassen und den Jugendlichen nicht eine bestimmte Richtung aufgezwungen wird, fand seine Erledigung durch eine Erklärung des Verbandsvorstandes, daß eine bestimmte politische Richtung den Lehrlingskommissionen und Lehrlingen nicht aufgezwungen werden soll. Die Arbeiterjugend wird von uns an die Lehrlingskommissionen geliefert. In Großstädten, wo andere Jugendstriften für diese gewünscht, können solche örtlich bestellt werden.

Die Einrichtung von gewerkschaftlichen Unterrichtskursen ist schon durch den Gewerkschafts-

kongress in Nürnberg beschlossen und war hierdurch der betreffende Antrag erledigt. Weitere Anträge sind durch die Statutberatung sowie durch inzwischen abgeschlossene Gesetzesvorlagen und durch die Annahme der Hamburger Resolution in bezug auf die Lehrlingsausbildung erledigt.

Es lagen auch eine Anzahl Dringlichkeitsanträge vor, die nicht unter den anderen Tagesordnungspunkten erledigt waren. Einige sind von besonderem Interesse. So hatten die Berliner Delegierten der Filialen 1 und 3 den Antrag gestellt, daß Angestellte zu gesetzgebenden Körperschaften keine Mandate annehmen dürften. Dieser Antrag fand noch nicht einmal die notwendige Zahl der Unterschriften zur Unterstützung. Es ist erfreulich, zu konstatieren, daß selbst die größere Zahl der in Opposition stehenden Kollegen diesen Versuch am ungeeigneten Objekt nicht mitmachte. Unter den wichtigsten Entscheidungen ist schon in unserer Presse der Dringlichkeitsantrag Frankfurt a. M. mit veröffentlicht, der verlangt, mit dem Unterstützungsverein Senefelder in der Verschmelzungsfrage weiter zu verhandeln. Einige andere Anträge wurden dem Hauptvorstand zur Erledigung überwiesen. Über die Wahlen sowie über die Überverlegung des Verbandsausschusses und der Preßkommission ist schon im Vorbericht das Notwendige mitgeteilt.

Kollege Sillier nahm noch Veranlassung, vom Verbandstag Abschied zu nehmen. Seine Worte klangen in die Mahnung aus, trotz aller Widerstände einig zu bleiben, um dadurch für die Kollegenschaft in geschlossener Organisation die gesteckten Ziele zu erreichen. Kollege Eichenmüller ging in seinem Schlusswort darauf ein, daß trotz der gegensätzlichen Meinungen sich auf dem Verbandstag ein edler kollegialer Geist gezeigt habe und auch er sprach die Hoffnung aus, daß sich die Einigkeit der Arbeiterklasse doch in absehbarer Zeit wieder zeigen möge, denn es sei klar, daß nur eine geeinte Arbeiterschaft dem Unternehmertum, der reaktionären Masse gegenüber den Kampf um die Aufgaben des Proletariats bestehen könne. Er mahnte, überall dafür zu wirken, daß die Einigkeit der Arbeiterschaft herbeigeführt werde. Damit wurde der Verbandstag geschlossen.

TOTENLISTE

- 1919.
- † Am 24. Februar in Berlin **Adolf Lüders**, Lichtdrucker aus Berlin, 77 Jahre alt, an Altersschwäche und Entkräftung, Invalide seit 18. Juni 1917. — Eingetretten in Berlin am 1. Januar 1893.
 - † Am 25. Februar in Berlin **Hermann Kopka**, Steindrucker aus Berlin, 74 Jahre alt, an Arterienverkalkung und Altersschwäche, Invalide seit 2. Februar 1919. — Eingetretten in Berlin am 16. Sept. 1902.
 - † Am 24. März in Berlin **Franz Peter**, Lithograph aus Charlottenburg, 54 Jahre alt, an Herzleiden, Invalide seit 6. August 1914. — Eingetretten in Berlin am 1. Januar 1893.
 - † Am 28. Oktober in München **Gustav Wörner**, Lithograph aus Böblingen i. Württemberg, 52 Jahre alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetretten in München am 20. Februar 1904.
 - † Am 6. November in Berlin **Franz Maul**, Lichtdrucker aus Königsberg i. Preuß., 53 Jahre alt, an Nerven-, Magen- und Darmleiden, krank 61 Wochen 4 Tage. — Eingetretten in Berlin am 27. April 1903.
 - † Am 6. November in Dresden **Adolf Wobst**, Lithograph aus Bischofswerda, 70 Jahre alt, an Rheumatismus, Nierenleiden und Altersschwäche, krank 10 Wochen 5 Tage. — Eingetretten in Dresden am 22. August 1909.
 - † Am 13. November in Hannover **Heinrich Ludwigs**, Notendrucker aus Braunschweig, 83 Jahre alt, an Altersschwäche und Entkräftung, Invalide seit 20. September 1912. — Eingetretten in Braunschweig am 1. Januar 1893.
 - † Am 14. November in Berlin **Paul Hagen**, Steindrucker aus Berlin, 66 Jahre alt, an Gallenblasenvereiterung, krank 6 Wochen. — Eingetretten in Berlin am 1. August 1882.

- † Am 17. November in Berlin **Karl Zieske**, Chemigraph aus Belling, Krs. Uckermünde, 49 Jahre alt, an Mastdarmverengung und Nieren-eiterung, krank 2 Wochen 3 Tage. — Eingetretten in Berlin am 6. Mai 1903.
- † Am 18. November in Frankfurt a. M. **Heinrich Schaadt**, Lithograph aus Altenmittlau, Krs. Gelnhausen, 42 Jahre alt, an Herzleiden, krank 32 Wochen 1 Tag. — Eingetretten in Frankfurt a. M. am 14. Januar 1906.
- † Am 20. November in Berlin **Rudolf Kühnelt**, Steindrucker aus Berlin, 63 Jahre alt, an Herzleiden und Altersschwäche, Invalide seit 28. Oktober 1909. — Eingetretten in Berlin am 1. Januar 1893.
- † Am 24. November in Nürnberg **Friedrich Meixner**, Steindrucker aus Bamberg, 34 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 1 Woche 1 Tag. — Eingetretten in Nürnberg am 10. März 1918.
- † Am 25. November in Leipzig **Hermann Heine**, Lithograph aus Leipzig-Kleinzschocher, 27 Jahre alt, an Magengeschwür und Bauchfellentzündung, krank eine Woche. — Eingetretten in Leipzig am 17. April 1910 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 19. April 1908.)
- † Am 3. Dezember in Hannover **Otto Garbe**, Steindrucker aus Linden, 50 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 28 Wochen 4 Tage. — Eingetretten in Hannover am 5. August 1900.
- † Am 6. Dezember in Berlin **Leopold Kühn**, Steindrucker aus Schwarzburg-Sondershausen, 73 Jahre alt, an Altersschwäche und Herzschlag, Invalide seit 16. September 1916. — Eingetretten in Berlin am 28. November 1904.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeprotokolle stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. **Der Hauptvorstand.**

„Betromit“ Schnellrockenmittel, „Extrakt“ trocknet nicht zu bildet selbst bei langem Gebrauch keine Haut kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“ Ersatz für echtes Gummi-arabikum stets geschmeidig, zum Präparieren von Lithographen, Zink- und Aluminiumplatten.

„Enoldin“ — Druckguss — speziell für schlecht zu verdruckende Farben u. Papieren

„Enol“ — Drucktinte — sehr geeignet für Brezdruck.

„Goljad“ vorzügliches Holzleim, u. a. ausserordentlich bei Wasser, milde im Gebrauch, und sehr feuchtigkeitstreu.

H. Schuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik auch techn. Präparate für Druckereien.

Lith. Obermaschinenmeister

im Flachdruck sowie Offsetdruck gründlich erfahren, befähigt Qualität und Quantität zu liefern, wird von Faltmaschinen-Fabrik zu sofo tigen oder späteren Antritt gesucht. Die Stellung ist selbstständig und dauernd.

Angebote werden unter Beifügung lückenloser Zeugnisabschriften und unter Angabe des Gehaltsanspruches erbeten unter M. 33 an die Expedition der Graphischen Presse.

Wir suchen zum baldigen Eintritt durchaus gewandte

Kupferdrucker

für den Druck von mehrfarbigen Gravuren. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsforderungen an

D. & R. Bischoff, Verlagsanstalt, München, Wurzerstraße 10.

Verbandsnachrichten

Vorstellungnahme nach Düren im Rheinland wird wegen Nichtbewilligung der tariflichen Lohnerhöhung gewarnt, da es hier zum Ausstand gekommen ist. In allen Fällen Auskunft einholen bei

W. Brodmeyer, Röseldorf 40d, Kreis Düren (Rheinland).

Achtung!

Zahlstelle Emmerich a. Rhein. Kein Kollege darf zureisen ohne ordnungsmäßige Einholung der Auskunft. Auskunfterteiler: **Heinrich Strauß**, Olstr. 14, 11.

INSERATE

sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition, C. Müller, Scheuditz bei Leipzig, Augustastr. 4, zu senden.

Rohvergrößerungen zum Selbstausarbeiten. Sehr preiswert. Desgl. fertig retuschierte Vergrößerungen liefert **R. Barth**, Berlin, Potsdamer Str. 61.

Anläßlich der meiner Frau zuteilgewordenen hilfsbereiten Unterstützung während meiner Interferenz vom 2. August bis 24. November d. J. sage ich hierdurch allen Kollegen des Gau's Schlesien für die erwiesene freiwillige Opferwilligkeit meinen besten Dank.

K. Snatzke, Lithogr., Pleß (Ober-Schl.)